

Kultur als Ausdruck und Mittel der Emanzipation des Menschen.

Luxemburg ist kulturell ein sehr reiches Land. Durch unsere geografische Lage (zwischen dem germanischen und romanischen Kulturkreis) und unsere Geschichte (stark geprägt durch die Immigration) haben unterschiedlichste kulturelle Einflüsse das Land und seine EinwohnerInnen geprägt und prägen sie auch weiterhin. Der erkennbarste Ausdruck davon sind die vielen Sprachen, die man in den Straßen unseres Landes hören kann. Sie sind zugleich Reichtum und Herausforderung einer multikulturellen Gesellschaft, die es in Luxemburg immer schon gab und die sich auch immer weiterentwickelt.

Das Kulturjahr 1995 brachte einen längst überfälligen Schub in der kulturellen Entwicklung unseres Landes. Es wurden wichtige kulturelle Institutionen gegründet, die Professionalisierung des Sektors wurde vorangetrieben und eine Diversifizierung und geografische Dezentralisierung des kulturellen Angebots konnte ermöglicht werden.

Die Bilanz der liberalen Regierung in der Kulturpolitik ist allerdings schlichtweg desaströs: wichtige und angekündigte Reformen wurden nicht in Angriff genommen und das eigene Regierungsprogramm wurde kaum umgesetzt. Stattdessen polterte die DP anfangs wie ein Elefant im Porzellanladen herum und die Ernennung des Premierministers zum Kulturminister, mit dem Kultur- und Selbstverständnis eines Renaissancefürsten, hat nicht zu einer Besserung beigetragen. Der Ausarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes - dem einzigen Vorzeigeprojekt - wurde gerade einmal eine Halbtagsstelle zugestanden.

Die Regierung hatte andere Prioritäten. Kultur wurde unter DP-Führung zu einem schmucken Anhängsel von finanzkräftigen Lobbyisten degradiert. Mit dem *Freeport* wurde eine Finanznische weiterentwickelt, die es Ultrareichen ermöglicht, Steuern mithilfe von Kunstobjekten zu sparen. Die Schmutzkampagne gegen den ehemaligen MUDAM-Direktor nutzte Kulturminister Bettel, um sich eines lästigen Verteidigers der zeitgenössischen Kunst zu entledigen und das Museum zu einem lässigen Rahmen für Empfänge der Schickeria umzuwandeln. Selbst das seit Jahren in Ausarbeitung befindliche Archivgesetz wurde den Wünschen der Finanzlobbyisten entsprechend so gestaltet, dass es in Zukunft für Historiker nur schwer möglich sein wird, die Wirtschaftsgeschichte unseres Landes aufzuarbeiten.

Unser Land und die Menschen, die in ihm leben, haben mehr verdient. Luxemburg hat ein enormes kulturelles Potenzial. Wir müssen es nutzen und zu einer Kraft machen, die allen Menschen zugänglich ist. Kultur könnte in der Tat - wie es Forum Cultur(s) 2008 vorschlug und wie es in der Bewerbung von Esch22 weiterentwickelt wurde - zu einer strategischen Ressource des Landes werden. Dazu müssen aber Probleme erkannt und Hindernisse überwunden werden: der Zugang zum und die Partizipation am kulturellen Leben muss für einen Großteil der Bevölkerung gewährleistet sein und Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir müssen ein breiteres Verständnis entwickeln und in die Praxis umsetzen, das Kultur als Ausdruck und Mittel der Emanzipation des Menschen sieht.

déi Lénk wollen:

- **nationale Kulturinstitutionen**, die zurzeit unter privatrechtlichem Statut funktionieren, **in öffentliche Einrichtungen (établissements publics) umwandeln** und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten. Während der letzten Jahrzehnte wurde eine Vielzahl dieser wichtigen Institutionen (Mudam, Casino – Forum für zeitgenössische Kunst, Nationales Resistenzmuseum, Théâtre National du Luxembourg, usw.) unter Einfluss der liberalen Ideologie unter privatrechtlichem Statut gegründet, obwohl sie zum größten Teil durch öffentliche Gelder finanziert werden und Aufgaben im öffentlichen Interesse durchführen;
- den **Einfluss des privaten Sektors in den Aufsichtsräten** der kulturellen Institutionen zurückdrängen um der Kommerzialisierung der Kultur entgegen zu wirken;
- das architektonische und **industrielle Erbe** (Rotunden, Gebläsehalle, Schieferbergwerk in Martelingen, usw.) schützen und zu künstlerischen, historischen und pädagogischen Zwecken nutzen;

- eine **Kunsthochschule** gründen und in das akademische Leben Luxemburgs integrieren. Auf der Universität muss das Angebot im Bereich der Kunst, der Filmkunst und der Kultur ausgebaut werden;
- ein integriertes Netz an **regionalen Bibliotheken** schaffen;
- das **Kulturjahr „Esch2022“** in all seinen transformatorischen Ambitionen unterstützen, so wie es im Projekt vorgesehen wurde, das durch die Europäische Kommission gutgeheißen wurde;
- ausreichend **geeignete Proberäume** schaffen für MusikerInnen, TänzerInnen und SchauspielerInnen sowie Ateliers für bildende KünstlerInnen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden Konzepte zur **temporären kulturellen Nutzung von leeren Gebäuden** aufstellen und für künstlerische Projekte zur Verfügung stellen;
- die Ausarbeitung eines neuen **Kulturpaktes** (Pacte culturel) unterstützen, der sich auf die Analysen und Empfehlungen von 2008 stützt. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Bedürfnisse der kulturellen Akteure, die bisher nicht umgesetzt wurden, müssen zusammengefasst werden. Der Kulturpakt muss außerdem die allgemeinen Orientierungen entwickeln und konkrete Maßnahmen aufweisen;
- die Aufstellung und Umsetzung eines **Kulturentwicklungsplans** voranbringen und die zur Realisierung benötigten finanziellen, personellen und logistischen Mittel zur Verfügung stellen. Seine Umsetzung muss alle zwei Jahre evaluiert und in breiter Abstimmung mit allen betroffenen Akteuren angepasst werden;
- den **Kulturfonds (Fonds Culturel National) stärken** und zu einem öffentlichen und unabhängigen Organ umgestalten, der mit Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft besetzt ist. Er muss über die nötigen Mittel verfügen, um Kunstprojekte mit direkten Subventionen unterstützen zu können;
- den **Freeport schliessen**, der die steuerfreie Spekulation mit Kunstobjekten ermöglicht;
- eine **Beobachtungsstelle der Kulturpolitik** (Observatoire des politiques culturelles) als Forschungszentrum gründen, das notwendige wissenschaftliche und statistische Daten ermittelt, um kulturpolitische Initiativen evaluieren zu können;
- eine Plattform schaffen, die eine wirkliche **interministerielle Zusammenarbeit** ermöglicht, und die Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, kreative Ökonomie und die Zivilgesellschaft einbezieht. Die **Kultur muss endlich als transversaler Vektor einer emanzipatorischen Politik** verstanden werden;
- **Kultur als Staatsziel** in die Verfassung einschreiben, genauso wie die künstlerischen Ausdrucksfreiheit, das Recht auf künstlerische Entfaltung und der Zugang zur Kultur;
- die Kriterien zur Ausstellung des **Kulturpasses** anpassen mit dem Ziel, den Kreis der BezieherInnen zu erweitern;
- einen **Kultururlaub (congé culturel) einführen** der es allen Menschen erlaubt, an Kunstprojekten teilzunehmen;
- das Statut des „**travailleur intellectuel indépendant**“ reformieren und näher an das Statut des „salarié.e autonome“ heranrücken (siehe Kapitel Arbeit). Es geht darum, die Präkarisierung von Kulturschaffenden zu verhindern durch die Einführung von sozialen Mindeststandards und die Übernahme der Sozialbeiträge durch den Auftraggeber;
- das System der **finanziellen Unterstützung** (bourses et aides à la création) überprüfen und an die Bedürfnisse anpassen. Für Jugendliche müssen spezielle Kunststipendien entwickelt werden;
- die Unterrepräsentation von **Frauen in Führungspositionen** von Kulturinstitutionen beheben und auf ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei der künstlerischen Programmierung achten;

- die **grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit** vertiefen;
- kulturelle Maßnahmen als Möglichkeit zur **Integration** anerkennen und unterstützen und gleichzeitig die **kulturellen Rechte** fördern;
- die **Digitalisierung von Kulturgütern vorantreiben**. Eine digitale Bibliothek der Kunstgüter schafft einen zusätzlichen Zugang zur Kultur;
- die Einhaltung der **Investitionsregel von 1% in Kulturgegenstände** für öffentliche Einrichtungen strikt überwachen. Die Obergrenze muss abgeschafft werden;
- den **Musikunterricht in Luxemburg strukturell reformieren**. Der öffentliche Auftrag des Musikunterrichts und die Verantwortung der Gemeinden bei der Organisation muss stärker betont werden. Die regionalen Musikschulen sollen das Rückgrat bilden und für die musikalische Grundausbildung sorgen, sowie für weiterführende Kurse. Hinzu kommen nationale Musikhochschulen (conservatoires), die eine höhere Musikausbildung ermöglichen. Die Karrieren der Unterrichtsleiter sollen harmonisiert und verbeamtet werden. Der Einschreibebetrag wird national festgelegt und soll eher symbolischer Natur sein;
- aus der Mehrsprachigkeit Luxemburgs eine wirkliche Stärke machen. Das **Lernen von Sprachen fördern durch die Einführung spezieller Urlaubstage** für das Erlernen oder Vertiefen von Sprachkenntnissen. Vor allem die mündliche Praxis unterschiedlicher Sprachen muss in Luxemburg unterstützt werden. Hierzu muss das „Centre national des Langues“ mit dem nötigen Personal ausgestattet werden;
- die **Literatur luxemburgischer Autoren** fördern, indem sie in den literarischen Unterricht eingebunden wird (luxemburgisch, französisch, deutsch, englisch). Dies gilt ebenfalls für die Musik von luxemburgischen Musikern auf den speziellen Sektionen im Sekundarunterricht;
- die Zusammenarbeit zwischen **Kultur und Bildungswesen** vertiefen, den Austausch fördernde Strukturen gründen und dynamisieren, eine **interkulturelle Bildung** fördern und sowohl die Lehrkräfte, als auch die Schüler in interkulturellen Kompetenzen ausbilden.